

Europa muss sich ändern.

von Arik Willner, Jusos Hamburg

Pragmatische Linke:
Die progressive Kraft der Jusos.

pragmatische-linke@web.de

Es muss sozial und demokratisch werden!

Die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union (EU) erleben gerade die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte. Bereits über drei Generationen hat sich eine Gesellschaft entwickelt, die ihren Wohlstand und den Frieden als selbstverständlich und somit als Soll-Zustand erachten kann. Dabei darf jedoch die friedensstiftende Wirkung des europäischen Integrationsprozesses seit dessen Beginn nach dem 2. Weltkrieg nicht vergessen werden. Der europäische Gedanke bildet das Gerüst für Toleranz, kulturelles Verständnis, Chancengerechtigkeit und damit für Frieden in Europa.

Das Zusammenleben in Europa hat sich verändert. Aus Feinden wurden Freunde, aus Verbündeten Partner. Mit einer erfolgreichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat sich die Hoffnung erfüllt, dass nach Jahren der kriegerischen Auseinandersetzung Frieden und Wohlstand dauerhaft etabliert werden konnten. Dieser Weg muss weiter in die Richtung eines sozialen, eines bürgernahen Europas beschritten werden.

Ein soziales Europa

Aus Sicht der Konservativen ist Europa auf dem Höhepunkt der Funktionalität. Marktmechanismen sind europäisiert, der Einfluss staatlicher Stellen minimiert und ein europäischer Binnenmarkt hat für eine Stabilität und einen Wohlstand für bestimmte Schichten der Gesellschaft gesorgt, sodass es nun nur noch gilt, den Status Quo zu halten. Weitere politische Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben ist nicht sehr erwünscht. Wäre die Finanzkrise nicht gekommen, das bestehende System der EU wäre nie in Frage gestellt worden.

Der aktuelle Zustand des europäischen Projektes gibt Anlass zur Sorge. Frieden bedarf mehr als nur die Abwendung militärischer Gewalt. Es gilt ebenfalls den inneren Frieden zu bewahren durch soziale Gerechtigkeit. Gerade in diesem wichtigen Themenfeld weist die Europäische Union große Defizite auf. Will die EU zukünftig Akzeptanz und Legitimation seitens der europäischen BürgerInnen erhalten, so muss sich die EU auf weitere Säulen neben der Wirtschaftsunion

stützen, um alle von der europäischen Integration profitieren zu lassen. So ist neben den einseitigen Integrationsprozessen in der Wirtschaftspolitik wichtig, dass Europa zu einer Vereinigung von gleichen Werten, gleichem Rechtempfinden und gleichen sozialen Standards beiträgt und diese garantiert.

Die Europäische Union hat in den letzten zwei Jahrzehnten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus ökonomischen, sozialen und politischen Gründen eine immer größere Bedeutung erlangt, da Arbeitsplätze im innereuropäischen Wettbewerb stehen, ihre Löhne, Sozialabgaben und Steuern letztlich vom Konkurrenzkampf in Europa bestimmt werden. Diese Konkurrenz zu unterbinden oder zumindest abzuschwächen, um wieder eine Sicherheit und Verlässlichkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herzustellen, muss Ziel sozialdemokratischer Politik auf europäischer Ebene sein. Es ist wichtig, dass man sich verlassen kann auf einen fairen Lohn, dass man sich auf die Dauer einer Anstellung oder dessen Ort verlassen kann. Gerade mit Blick auf sinkende Geburtenraten in ganz Europa sollte die Frage nach Flexibilität nicht überspannt werden.

Demokratie

Trotz der zentralen Bedeutung der EU besonders bei Fragen der Wirtschaftspolitik haben die Bürgerinnen und Bürger der EU immer noch ein sehr national geprägtes Bewusstsein. Das fehlende Interesse an europäischer Politik steht diametral zu dessen Auswirkung auf das Leben aller.

Dieses Identifikationsdefizit hat auch mit der wirtschaftsliberalen Ausrichtung europäischer Beschlüsse zutun, da so das Handeln der europäischen Akteure als Zielgruppe eine kleine Elite adressiert. Es wird Zeit, dass die EU sich sozial, transparent und bürgernah aufstellt. Transparenz wird erzeugt durch die Stärkung demokratischer Prozesse und so muss Europa nicht nur sozialer werden sondern vor allem von Grund auf demokratisch. Die Stärkung des Parlaments als legitime Legislative ist dabei unumgänglich für die Bildung einer europäischen Identität und Öffentlichkeit. Solange wichtige Entscheidungen hauptsächlich von nationalen Akteuren bestimmt werden, kann eine europäische Öffentlichkeit nicht entstehen.

Das aktive Wahlrecht muss vereinheitlicht werden, damit alle europäischen BürgerInnen die gleichen Voraussetzungen bei der europäischen Wahl haben.

Der Lissabonner Vertrag

Viele Forderungen, wie die Demokratisierung der EU und die Etablierung sozialer Standards sind bereits im Vertrag von Lissabon zu finden. Elemente der direkten Demokratie sind darin genauso unverzichtbare Errungenschaften wie die Reform der EU Gremien zur Wiederherstellung voller Handlungsfähigkeit des erweiterten Europas. Das der Vertrag nun gilt ist eine großartige Verbesserung!

Der Vertrag mit seinen guten Elementen hat natürlich auch noch Defizite. Man darf den Vertrag somit nicht als Ende sondern als Anfang eines demokratischen und sozialen Europas sehen.

Europa in der Welt

Europa ist ein Verbund reicher Staaten in Relation zu den Ländern, die an die EU grenzen. Das löst bei konservativen Kräften den Reflex aus, sich abzuschotten, damit das, was man geschaffen hat, bewahrt wird und nicht durch Kriminalität und illegaler Einwanderung zerstört wird. Dabei ist es genau diese hermetische Abschottung, die illegale Aufenthalte geradezu provoziert, die kriminelle Handlungen wie Menschenhandel überhaupt möglich macht.

Statt Priorität auf hohe Sicherheitszäune zu legen, sollte die EU ihrer Verantwortung nachkommen, das Elend in den Ländern der Dritten Welt durch eine gemeinsame Entwicklungspolitik zu lindern, damit der Fluchtgrund entfällt.

Aber auch vor politischer Vertreibung darf die Gemeinschaft nicht die Augen verschließen. Ein faires Asylrecht muss dafür sorgen, dass das Aufkommen von Bedürftigen von allen EU Staaten getragen wird. Besonders von Ländern wie Spanien wird damit enormer Druck genommen.

Einwanderung darf für die EU grundsätzlich nicht negativ besetzt sein. Die EU braucht Einwanderer für ihre Wirtschaftskraft und kann es sich leisten, ärmeren Einwanderern ein neues zu Hause zu sein. Die Regelung für Immigration soll ausschließlich auf europäischer Ebene geregelt werden wie z.B. beim Thema der Blue Card oder einem einheitlichen Asylrecht.